

Große Anfrage

der Fraktion der CDU

Linksextremismus in Baden-Württemberg

Wir fragen die Landesregierung:

I. Entwicklung der Strukturen

1. Wie bewertet sie die Entwicklung der Mitgliedszahlen linksextremistisch einzustufender Organisationen, insbesondere im Hinblick auf gewaltorientierte und gewaltbereite Mitglieder?
2. Welche Erkenntnisse hat sie über Netzwerke – auch im Internet – gewaltorientierter Linksextremisten in Baden-Württemberg und wie schlüsselt sich deren Mitgliederstruktur nach Alter und Geschlecht auf?
3. Welche Erkenntnisse hat sie über den Organisationsgrad und die Finanzierung dieser Netzwerke?
4. Welche Erkenntnisse hat sie über linksextremistisch einzustufende Organisationen bzw. Zusammenschlüsse von Personen im universitären Umfeld?
5. Welche Kenntnisse hat sie über die Existenz autonomer Zentren in Baden-Württemberg?
6. Welche dieser Zentren stehen im Zusammenhang mit dem gewaltorientierten Spektrum der Linksextremisten?
7. Welche dieser Zentren stehen in Zusammenhang mit illegal besetzten Gebäuden?
8. Sind Maßnahmen ergriffen worden, um gegen diese Zentren vorzugehen?
9. Welche Erkenntnisse hat sie über Verbindungen von dogmatischen linksextremistischen Parteien und Organisationen zu gewaltorientierten Linksextremisten?
10. Wie beurteilt die Landesregierung in diesem Zusammenhang die sog. „Antifaschistische Aktion“?
11. Welche Erkenntnisse hat sie über Verbindungen der extremistischen Strömungen der Partei DIE LINKE, namentlich „Kommunistische Plattform“ (KPF), „Antikapitalistische Linke“ (AKL), „Sozialistische Linke“ (SL), „Geraer sozialistischer Dialog“ (GSoD), „Linksjugend [solid]“ und „Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband“ (DIE LINKE.SDS) zu gewaltorientierten Linksextremisten?

12. Welche dieser Parteien bzw. innerparteilichen Organisationen und Netzwerke gewaltorientierter Linksextremisten werden vom Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet?
13. Wie lauten die tragenden Gründe für das Verbot der Internetplattform „links-
unten.indymedia.org“?
14. Welche Rolle spielte der verbotene Verein im gewaltorientierten Linksextremismus und wie weit reichte sein Einflussbereich?
15. Wurden der verbotene Verein oder die von ihm genutzten Räume durch Gelder des Landes oder der Kommune unterstützt?

II. Prävention

1. Welche konkreten Maßnahmen werden ergriffen bzw. sind geplant, um dem Anstieg gewaltorientierter Linksextremisten entgegenzuwirken?
2. Wie haben sich die finanziellen Aufwendungen des Landes zur (Links-) Extremismus-Prävention seit 2010 entwickelt?
3. Welche Präventionsprojekte und Aussteigerprogramme speziell für den Linksextremismus existieren bereits in Baden-Württemberg bzw. sind geplant oder sollen ausgebaut werden?
4. Wie bewertet sie den Erfolg der bestehenden Programme und Projekte?

III. Strafverfolgung

1. Wie viele Strafverfahren laufen momentan gegen Personen, bei denen sowohl der Täter als auch die verfolgte Handlung dem linksextremistischen Spektrum zuzuordnen sind?
2. Erachtet sie es als rechtlich zulässig oder regelbar, bei Verurteilung wegen der Beteiligung an den gewalttätigen Ausschreitungen wie in Hamburg zur Zeit des G20-Gipfels als Nebenfolge der Tat den Widerruf des Bescheides auf Gewährung von Leistungen nach Sozialgesetzbuch (SGB) II ganz oder teilweise auch mit Wirkung für die Vergangenheit vorzusehen?

IV. G20-Gipfel in Hamburg

1. Welche Erkenntnisse hat sie über Linksextremisten mit Wohnsitz in Baden-Württemberg, die an gewalttätigen Ausschreitungen in Hamburg während des G20-Gipfels beteiligt waren und aus welchen Organisationen stammen diese Personen?
2. Inwieweit gibt es Strafverfahren gegen linksextremistische Personen mit Wohnsitz in Baden-Württemberg aufgrund der Beteiligung an den gewalttätigen Ausschreitungen in Hamburg zur Zeit des G20-Gipfels?
3. Sind ihr Aufrufe unter Studierenden bekannt, zu Demonstrationen im Zusammenhang mit dem G20-Gipfel nach Hamburg zu fahren und ggfs. mit welchen Begründungen zu diesen Demonstrationen aufgerufen wurde?
4. Welche Gruppierungen, Vereinigungen, Organisationen haben diese Aufrufe verfasst und verteilt?
5. Welche Erkenntnisse liegen ihr darüber vor, wie viele Studierende und ggfs. mit welcher Zugehörigkeit zu Studierendengruppen und -vereinigungen von

baden-württembergischen Hochschulstandorten zu den Demonstrationen nach Hamburg gefahren sind?

6. Wie viele Züge wurden gezielt für Fahrten von Studierenden nach Hamburg anlässlich des G20-Gipfels eingesetzt?
7. In welchen Städten mit Hochschulen machten Züge, die zur Fahrt nach Hamburg eingesetzt wurden, Halt?
8. In welchen Studierendenparlamenten und Studierendenräten an Hochschulen (bitte Universitäten, HAW [Hochschulen für Angewandte Wissenschaften]-Standorte, DHBW [Duale Hochschule Baden-Württemberg]-Standorte separat auführen) wurden Anträge zur Mitfinanzierung von Zügen oder Bussen nach Hamburg gestellt?
9. Wie wurden diese Anträge behandelt und entschieden (unter Angabe der Begründung der Anträge sowie die beantragten und die bewilligten Summen)?

Dr. Reinhart, Blenke und Fraktion

Begründung

Aus dem Verfassungsschutzbericht 2016 des Landesamts für Verfassungsschutz Baden-Württemberg wird deutlich, dass die Zahl der gewaltorientierten bzw. gewaltbereiten Linksextremisten seit 2014 ansteigt. Im Hinblick auf die gewalttätigen Ausschreitungen in Hamburg im Zeitraum des G20-Gipfels muss man von einer erhöhten Bereitschaft für Gewalt durch linksextreme Gruppen auch in Baden-Württemberg ausgehen. Das zeigt auch die Steigerung der Straftaten von 496 in 2014 auf 559 in 2016.

Auch die Diskussion um die Schließung des autonomen Zentrums „Rote Flora“ in Hamburg zeigt, dass Linksextreme rechtsfreie Räume nutzen, um verschiedene Aktionen, auch im Zusammenhang mit Gewalt, zu planen und durchzuführen.

Diese Große Anfrage soll daher den genauen Stand des Linksextremismus in Baden-Württemberg erfragen und einen Überblick über bestehende Strukturen und Maßnahmen der Landesregierung gegen diese Strukturen verschaffen. Es muss dabei sichergestellt werden, dass die Landesregierung, das Landesamt für Verfassungsschutz und andere Sicherheitsbehörden gut aufgestellt sind, um gegen jede Art von Extremismus, ob politisch oder religiös, vorzugehen.